

# «Anwaltsverband missachtet Unabhängigkeit»

Die Justizleitung wirft dem Aargauischen Anwaltsverband vor, er versuche, die Politik zu beeinflussen und verurteilt dies scharf.

Noemi Lea Landolt

Das Aargauer Obergericht hat mehreren Pflichtverteidigern ihre Honorare zu Unrecht gekürzt und deshalb einen Rüffel des Bundesstrafgerichts kassiert. Nicht zum ersten Mal: Bereits 2020 hat das Bundesstrafgericht mehrere Beschwerden von Anwälten aus dem Aargau gutgeheissen. Der Aargauische Anwaltsverband wirft den Oberriecherinnen und Oberriecher deshalb «Unbelehrbarkeit» vor (AZ von gestern). Er nimmt die Justizleitung und den Grosse Rat in die Pflicht. Die Justizleitung müsse prüfen, ob die wiederholten, systematischen Kürzungen eine Amtspflichtverletzung darstellten. Der Grosse Rat als Wahlbehörde müsse bei den bevorstehenden Oberriecherwahlen «genau hinschauen».

## Bald entscheidet nicht mehr das Bundesstrafgericht

Nach der Kritik des Anwaltsverbands nimmt die Justizleitung erstmals schriftlich Stellung. Sie ist das oberste Führungsorgan der Gerichte und wird von Oberriecherin Franziska Plüss (SP) präsiert. Die Justizleitung wirft dem Anwaltsverband vor, er missachte mit seiner Stellungnahme die richterliche Unabhängigkeit, indem er versuche, mittels Kritik an der Rechtsprechung auf die anstehenden Richterwahlen Einfluss zu nehmen. Die Justizleitung missbillige «diesen Versuch der Beeinflussung der Wahlbehörde aufs Schärfste».

Weiter weist sie daraufhin, dass das Gericht verpflichtet sei, zu prüfen, ob die von der amtlichen Verteidigung geltend gemachte Entschädigung ange-



Hier werden Beschuldigte befragt, Plädoyers gehalten und Urteile eröffnet: Blick in den Saal 1 des Obergerichts in Aarau.

Bild: zvg

messen sei. Eine weitere Überprüfung obliege einzig der Rechtsmittelinstanz und nicht der Justizleitung.

In diesem Zusammenhang weist die Justizleitung auch darauf hin, dass mit Inkrafttreten der revidierten Strafprozessordnung nicht mehr das Bundesgericht über Honorarbeschwerden von amtlichen Verteidigern entscheide. Und das Bundesgericht habe bisher «in gleicher Weise begründete Kürzungen nicht beanstandet». Die Justizleitung begrüsse deshalb, dass die Zuständigkeit des Bundesstrafgerichts künftig entfallt.

Wie die Justizleitung findet es auch SVP-Fraktionschefin Désirée Stutz «skandalös», dass der Anwaltsverband die anstehenden Gesamterneuerungs-

wahlen mit der Thematik verbindet. «Der Anwaltsverband hat offenbar noch nie etwas von Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz gehört», sagt Stutz. Es könne nicht sein, dass das Parlament Richterinnen oder Richter abwähle, weil es mit einzelnen Urteilen nicht einverstanden sei. Zu den Honorarkürzungen selber äusserte sich Stutz letzte Woche kritisch und verlangte, dass Justizkommission und Anwaltsverband sich zusammensetzen, um eine Lösung zu finden.

## FDP: Nicht-Wahl einzelner Richter wäre «unseriös»

FDP-Fraktionspräsident Silvan Hilfiker findet es ebenfalls «irritierend», dass der Anwaltsverband die Urteile in einen Zusammenhang mit den bevorstehenden

wahlen stellt. «Es wäre unseriös, wenn der Grosse Rat wegen der Urteile einzelne Oberriecherinnen und Oberriecher nicht wählen würde.» Damit wolle er den Rüffel des Bundesstrafgerichts nicht bagatellisieren. Im Gegenteil: Hilfiker erwartet, dass die Justizleistung die Urteile ernst nimmt, sie mit den Richterinnen und Richtern thematisiert und Massnahmen einleitet. «Die Urteile müssen etwas auslösen, aber keine Abwahl einzelner Oberriecherinnen oder Oberriecher.»

Die anderen Fraktionspräsidentinnen und Fraktionspräsidenten sehen das ähnlich. Niemand fordert zum jetzigen Zeitpunkt die Nicht-Wahl einzelner Richterinnen oder Richter. Robert Obrist (Grüne) fände dies «klar falsch». Nach dem erneu-

ten Rüffel des Bundesstrafgerichts sei die Justizkommission des Grosse Rates gefragt, sagt er. «Sie muss sich Gedanken machen und das weitere Vorgehen diskutieren und allenfalls auch intervenieren.» Das sieht Uriel Seibert (EVP) gleich. Es gebe Honorarkürzungen, die nicht gerechtfertigt sind, sagt er. «Die Frage ist nun, ob es Rechtssetzungsbedarf gibt.»

Für Alfons Kaufmann (Die Mitte) gibt es im Moment keinen Grund, «in übertriebenen Aktivismus zu verfallen». Die Urteile des Bundesstrafgerichtes müssten zwar diskutiert werden, aber die Oberriecherwahlen seien in einem mehrstufigen Prozess seit rund einem Jahr vorbereitet worden. «Politische Schnellschüsse, nur wegen der vorliegenden Honorarkürzun-

gen, wären falsch, zumal den betroffenen Richtern ja kein Verbrechen oder dergleichen zur Last gelegt wird.»

Aufgrund der erneuten Rügen des Bundesstrafgerichts sei es «sicher angebracht, genau hinzuschauen», findet Barbara Portmann (GLP). Der Grosse Rat habe grundsätzlich die Möglichkeit, Oberriecherinnen und Oberriecher nicht mehr zu wählen. Die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter sei aber ein hohes Gut. Es dürfe auf keinen Fall sein, dass die Oberriecherwahlen dazu genutzt werden, Denkkzettel zu verteilen.

## SP: «Es geht nicht um einzelne Entscheide»

SP-Co-Fraktionschefin Claudia Rohrer sitzt im Vorstand des Anwaltsverbandes. Entsprechend steht sie «voll hinter der Stellungnahme». Wie genau die Politik nach dem Rüffel wegen widerrechtlicher Honorarkürzungen Einfluss nehmen solle, könne sie im Moment aber nicht sagen. Die Fraktion habe dies noch nicht diskutiert. «Ich warne selbstverständlich davor, Richterinnen und Richter für einzelne Entscheide durch eine Nicht-Wahl abzustrafen», sagt sie.

Gleichzeitig gehe es bei den Honorarkürzungen nicht um einzelne Entscheide, sondern eine Praxis des obersten Gerichts im Kanton, die bereits mehrmals gerügt wurde. Deshalb müsse die Politik die Diskussion darüber führen, wie sie mit Rücksicht auf die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter mit dem Instrument der Wahl und insbesondere der Wiederwahl umgehe, sagt Rohrer.

# «Lieber kaltes Wasser, dafür den Job behalten»

Unternehmer diskutierten am Mitte-Wirtschaftsgipfel über die befürchtete Strommangellage.

Mathias Küng

Eine mögliche winterliche Strommangellage ist in aller Munde. So war das Kosthaus in Lenzburg beim Wirtschaftsgipfel der Partei Die Mitte Aargau bis auf den letzten Platz besetzt, ging es da doch um Herausforderungen für Firmen aufgrund des Ukraine-Kriegs, etwa bei der Energieversorgung.

Michael Liechti von der Erne AG Holzbau in Laufenburg erlebte es wie allen anderen: «Der Ukraine-Krieg kam von einem Tag auf den anderen.» Bei ihnen fehlte beispielsweise sofort die Sibirische Lärche, sagte er in einem Inputreferat. Es mache sich jetzt bezahlt, wenn man vertrauensvoll miteinander umgeht, so seine aktuelle Erfahrung. Was tut seine Firma, falls tatsächlich zwischendurch für vier Stunden der Strom abgeschaltet wird? Er sehe das Engagement der Politik, sagt Liechti, den genauen Plan für den Umgang mit einer befürchteten Strommangellage sieht er aber

noch nicht. Klar ist für ihn: «Wir wollen unabhängiger werden.» Seine Firma setzt auf Innovation und etwa auf grosse Fotovoltaikanlagen auf den Dächern. Er gibt sich zuversichtlich: «Wir sollten das als Chance sehen. Wir sind spät dran, es ist aber noch nicht zu spät.»

Lukas Ziegler, CEO der Firma Rollstar in Egliswil, sprach über Lieferketten, die rissen: «Zeitweise war es fast einfacher, Material zu fliegen als mit dem Schiff zu transportieren, die Rohmaterialpreise explodierten.» Sein Fazit: «Globalisierung funktioniert gut im Frieden, in einer Krise nicht mehr.» Wichtig seien gute Partnerschaften mit Lieferanten. Er beobachtet, «dass es sich jetzt rächt, wenn jemand bisher immer nur am günstigsten Ort eingekauft hat». Wie Liechti sieht auch Ziegler in der Krise Chancen: «Man kann in Schockstarre verfallen. Aber wir können selbst ganz viel bewegen. Wir müssen die Komfortzone verlassen und Neues versuchen.»

In einem von Grossrätin Maya Bally geleiteten Podium legten auch Beat Bechtold (Direktor Aargauische Industrie- und Handelskammer), Marc Ritter (CEO der AEW Energie AG) und André Vossebein (Sektionsleiter Katastrophenvorsorge beim Kanton) ihre Erfahrungen und Erwartungen dar.

## Firmen kaufen Diesel und Notstromaggregate

Weil niemand weiss, wie lange der Krieg dauert, bereiten sich die Firmen vor, sagte Bechtold. Etliche kaufen Notstromaggregate und grosse Mengen Diesel dazu. Wenn nötig könnten Rolltreppen, Klimaanlage in öffentlichen Bauten stillstehen, Schwimmbäder nicht mehr beheizt werden. Bechtold warnt aber, dass auch an energieintensiven Firmen viele Existenzen hängen. Sein Credo daher für den Notfall: «Lieber kaltes Wasser, dafür den Job behalten.»

Was geschieht, falls Deutschland und Frankreich der Schweiz im Winter keinen Strom

mehr liefern? Das wollte Maya Bally wissen. Beim Strom «exportieren wir im Sommer, im Winter müssen wir schon seit Jahren importieren», antwortete Ritter. Sorge bereitet ihm, ob es gelingt, in Europa die Gasspeicher zu füllen. Zudem sei die Hälfte der französischen AKW nicht am Netz. Die Versorgungssicherheit hänge von vielen Fragen ab, etwa davon, ob die Franzosen es schaffen, die stillstehenden AKW ab Oktober wieder am Netz zu haben. Oder wie kalt der Winter wird. Oder ob die Pumpspeicherkraftwerke trotz Trockenheit ausreichend gefüllt werden können. Im Fall von Abschaltungen gebe es systemrelevante Betriebe, etwa im Medizinbereich, so Ritter, die davon ausgenommen wären.

Klar ist für André Vossebein, dass wir Strom einsparen müssen. Bei den übergeordneten Fragen habe hier aber der Bund das Sagen. Gewisse Verbrauchseinschränkungen werde es erst geben, wenn Energiesparen und das Umschalten von Gas auf Öl

(wo möglich) zu wenig bringen. Dann würden erst Rolltreppen abgestellt, die Weihnachtsbeleuchtung und erst zum Schluss käme die Stromversorgung selbst dran. Abgestellt würde gewiss nicht wochenlang, es wäre jeweils für vier Stunden, so Vossebein. Er ruft auf, Ruhe zu bewahren, und empfiehlt: «Kluger Rat, Notvorrat.»

## Dieth: Zeit für Eventualplanungen nutzen

Finanzdirektor Markus Dieth (Die Mitte) rief schliesslich dazu auf, die Zeit zu nutzen, um Szenarien für eine mögliche Strommangellage durchzudenken, und Eventualplanungen zu erstellen. Das sahen augenscheinlich alle Anwesenden so. Zustimmungendes Nicken im Publikum erntete auch Lukas Ziegler mit seiner Forderung, «dass wir das alles, was wir jetzt erleben und vorkehren, nicht grad wieder vergessen, sobald es uns besser geht, und dass wir nicht wieder ins bisherige Muster zurückfallen».

## Nachrichten

### Asche in Grüncontainer löste Brand aus



**Menziken** Ein Brand zerstörte am späten Dienstagnachmittag ein Gartenhäuschen. Wie die Kantonspolizei klären konnte, hatte der Bewohner vermeintlich erkaltete Asche in einem Grüncontainer aus Kunststoff entsorgt. Zunächst unbemerkt, muss daraus der Brand entstanden sein, der sich dann ausweitete. (az)

### Mordprozess beginnt Mitte Oktober

**Brugg** Am 17. Oktober beginnt am Bezirksgericht Brugg der voraussichtlich viertägige Prozess im Tötungsfall Bruggerberg. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Beschuldigten vor, einen jungen Mann in einer Höhle eingesperrt und den Eingang verschüttet zu haben. Die Anklage lautet unter anderem auf Mord. (az)